

Susanne Schüssler	Wozu einen Wetterbericht?	7
Christoph Möllers	Friedliche Totalpolitisierung Jugendliche Erinnerung an eine Generation	11
Gisela Eler	Die Gleichstellung der Geschlechter Jahrtausendprojekt mit ungewissem Ausgang	18
Mithu M. Sanyal	Quo vadis, Feminists?	29
Bahman Nirumand	Iran zum Beispiel	41
Tom Koenigs	50 años de Solidaridad	50
Otto Kallscheuer	Hoffnung der Linken, Glaube ans Volk? Transatlantische Irritationen	58
Joscha Schmierer	Lange Welle in schwerer Brandung Aus den Spätnachrichten	77
Petra Dobner	Post-Postmaterialismus oder Das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse	91
Claus Leggewie	Mit '68 gegen '68: Damals startete auch die Neue Rechte einen langen Marsch	112
Sibylle Thelen	Erinnern 2017	129
Albrecht von Lucke	'68 oder Der Krieg ist der Vater der Generationen	141

**Wolfgang Kaleck 1968: Von den furchtbaren Juristen
zu den streitbaren Juristen und Juristinnen**

Subjektive Betrachtung eines Nachgeborenen 155

Ulrich K. Preuß »When they go low, we go high«

Bemerkungen zur Herausforderung
der konstitutionellen Demokratie 168

Barbara Sichtermann

Freiheit und Glück als politische Kategorien 189

Liste politischer Bücher bei Wagenbach

1964 bis 2017 197

Susanne Schüssler

Wozu einen Wetterbericht?

»Alle reden vom Wetter – wir nicht«. Mit diesem von der Bundesbahn entliehenen Slogan und den Köpfen von Marx, Engels und Lenin hatten 1968 Ulrich Bernhardt und Jürgen Holtfreter, Studenten der Stuttgarter Kunstakademie, einen unerwarteten Erfolg. Ihr Plakat für den sozialistischen Studentenbund wurde in riesigen Auflagen gedruckt und landauf, landab verbreitet. Holtfreter hat seine Handschrift dann auch auf diversen Wagenbach-Covern hinterlassen.

Dieses Buch will daran erinnern, dass die 68er Dringenderes als das Wetter auf ihrer Agenda hatten (ironischerweise wünschten heute einige der 68er-Erben, dass mehr über das Wetter geredet würde). Es soll also fünfzig Jahre später ein Lagebericht gegeben werden, vielleicht sogar eine Prognose. Was das Buch nicht will: eine verklärend romantische Rückschau auf '68, ebenso wenig wie eine Herabwürdigung der 68er (der Begriff wird an dieser Stelle nicht genauer gefasst, das geschieht in vielfältiger Weise im Buch). Es interessiert sich vielmehr für andere Fragen: Was ist aus den Ideen von damals geworden? Wie haben die 68er die Gesellschaft nachhaltig verändert? Hat die Krise der Demokratie heute mit den Entwicklungen seit damals zu tun?

Der Wagenbach Verlag spielte in den politischen Auseinandersetzungen in der Linken der sechziger und siebziger Jahre eine zentrale Rolle. Das reichte vom internen Experiment mit der

Organisation als Kollektiv bis zur Verbreitung unterschiedlichster politischer Ansätze. In diesen Jahren erschienen etwa achtzig Titel im Rotbuch und nach der Abspaltung des Kollektivs in der Reihe Politik Buchreihen, die »ausschließlich der Neuen Linken und der außerparlamentarischen Opposition« gewidmet waren. Die Liste der Autoren und Titel ist in vieler Hinsicht eindrucksvoll und wird deshalb im Anhang des Buchs abgedruckt, ergänzt um die später, insbesondere seit der Wiederbelebung der Politik-Reihe 2008 hinzugekommenen Bücher. Und um einige der unzähligen literarischen Titel, vor allem in der Reihe *Quartheft*, die hochpolitisch waren, wie Peter Schneiders *Ansprachen* und Erich Frieds *und Vietnam und...* (ein Gedichtband, der schon 1966, also mit den ersten Kriegsprotesten erschien), oder die frechen Stücke und Lieder des GRIPS-Theaters, die fröhlich eine andere und politische Kindererziehung propagierten.

Zwei Anmerkungen zur Liste: Es ist heute kaum mehr begreiflich, mit welcher differenzierten und umfangreichen Büchern abseitige Themen behandelt wurden – und dabei Auflagen erreicht wurden, die heute eines jeden Verlegers Herz hüpfen ließen. So hatte etwa ein Bericht über eine Schule im Mugello-Tal, geschrieben von den Schülern selbst, eine Anfangsausgabe von 10.000 Exemplaren und erreichte insgesamt eine Auflage von 50.000 Exemplaren.

Bei der Durchsicht der Liste fällt aber nicht nur die große Spannbreite der Themen ins Auge, von den Wyler Bauern, die gegen Atomkraft aufbegehren, bis zu Frauenemanzipation und Kindererziehung in China, sondern auch die Ansammlung von radikalen Denkern: Mao Tse-Tung, Ernesto Che Guevara, Ulrike M. Meinhof, Peter Brückner, Rudi Dutschke, André Glucksmann und viele andere. Sowie von radikalen Pamphleten wie dem Manifest der RAF. Bei Wagenbach erschien Fundamentalkritik an der Nachkriegsgesellschaft, und der Verleger wurde dafür mit Prozessen überzogen. Schon das Initiationsereignis von '68, der 2. Juni 1967, endete mit der kuriosen Tatsache, dass niemand verurteilt wurde – außer Klaus Wagenbach, der die Erschießung

Benno Ohnesorgs »Mord« genannt hatte (dabei war der doch nur zufällig von hinten erschossen worden).

Mehr dazu findet sich in der Verlagsgeschichte *Buchstäblich Wagenbach*.

Den *Wetterbericht* anzuzetteln war ein Wagnis: Angefragt wurden ausschließlich Wagenbach-Autoren, also solche, die ein politisches Buch für den Verlag geschrieben hatten – damals oder in den letzten Jahren. Es geht also nicht um einen Überblick linken Denkens oder den Anspruch, die geistige Situation der Zeit zu erfassen. Vielmehr ist die Auswahl der Autoren bewusst subjektiv. Und spiegelt in gewisser Hinsicht das gesamte Verlagsprogramm: Von den Beiträgern – teils 68er, oft deren Protagonisten, oder aber damals gerade erst geboren – sind einige in der Politik aktiv, andere als Publizisten, oder sie sind in Wissenschaft, Institutionen oder Unternehmen tätig. Ebenso subjektiv sollte die Wahl der Themen sein, die den einzelnen Autoren freigestellt blieb. Die spannende Frage war: Wie würde dieses Buch am Ende aussehen – wie die Beiträge, die ja kaum als »Auftragstexte« durchgehen können? Welche Deutungen und Diagnosen hatten wir zu erwarten?

Es kommt vor, dass sich Beiträge dezidiert widersprechen, andere sich durchaus ergänzen. Geradezu augenfällig ist, dass viele der Texte – selbst in der jüngeren Generation – erstaunlich persönlich geraten sind und ihre Autoren dies wie etwa Gisela Erler, Tom Koenigs oder Joscha Schmierer auch reflektieren. Vielleicht weil in jedem, wie Christoph Möllers mutmaßt, ein 68er steckt.

Das gewählte Verfahren zog zwangsläufig nach sich, dass »'68 und die Folgen« nicht umfassend abgehandelt wird – so fehlt etwa der Kampf mit der Springer-Presse, der Radikalenerlass wird nur am Rande gestreift. Dafür ist von schrägen, unorthodoxen Annäherungen wie bei Otto Kallscheuer über die Religionsbegriffe Glaube und Hoffnung bis hin zur kühlen, mit wissenschaftlichem Werkzeug operierenden Theorie allerlei zu lesen. Die bunte Vielfalt, auch stilistisch, mag an '68 erinnern.

Vielleicht gerade weil dieses Buch so persönlich ist, entsteht ein durchaus bedenkenswertes Bild.

Am erstaunlichsten – und für mich am beruhigendsten: Hier schreiben keine desillusionierten Linken vom Versagen der (linken) Politik. Eher ermutigen die Texte, nicht leichtfertig, sondern pragmatisch und erfahrungsgesättigt. Wer so gelassen wie Barbara Sichtermann von Glück schreiben kann, der sorgt für einen Wetterbericht, der keinen Anlass zur Verdrießlichkeit gibt.

Herzlich danken möchte ich allen Autoren, nicht nur für ihre Beiträge, sondern auch für die manchmal kontroversen und dem Thema entsprechenden hitzigen Diskussionen. Ein besonderer Dank gilt Albrecht von Lucke, der Zweifel ausräumte, und Otto Kallscheuer, der den Titel *Wetterbericht* vorgeschlagen hat.

Ohne Lena Luczak würde dieses Buch anders aussehen – so wie viele Bände der Reihe Politik, deren Entstehen und endgültige Fassung von ihr sorgfältig und aufmunternd streng begleitet werden. Dafür einen großen Dank.

Berlin, Juni 2017

Christoph Möllers

Friedliche Totalpolitisierung*

Jugendliche Erinnerung an eine Generation

I.

Lange bevor mir die 68er als eine politisch relevante Größe der Politik- und Kulturgeschichte begegneten, waren sie Teil meiner Biographie – und nur durch diese Erfahrung, also anekdotisch, habe ich etwas zu ihrer Beschreibung beizutragen. Einen Großteil meiner Jugend, in den 1980er Jahren, lebte ich in einer kleinen Wohngemeinschaft, der WG, mit meinem Vater und seinen Wohngenossinnen und Wohngenossen (von denen ich nicht zuletzt in das Problem geschlechtergerechter Sprache eingeführt wurde) – allesamt aus den einschlägigen Jahrgängen zwischen 1940 und 1950. In dieser diskussionsfreudigen Gesellschaft spielte ich als Gymnasiast nach meiner Erinnerung die Rolle eines leicht strukturkonservativen Skeptikers, der Helmut Schmidt bewunderte, den ästhetischen Kanon verteidigte und kein Interesse daran verspürte, Friedensdemonstrationen oder Ostermärsche zu besuchen. Auch habituell hatte ich das Bedürfnis, Distanz zu nehmen. Die Sprache der WG war mir manchmal zu flapsig, zu vulgär und zu schamlos, aber die Debatten waren anspruchsvoll, und es war keine Frage, dass ich dort ernst genommen und respektiert wurde – und mich wohlfühlte. Schauplatz dieser

* Dem Andenken an Gabriele Schumann

Sozialisation, um ein Lieblingswort der Beteiligten zu verwenden, war ein gemietetes Haus im bürgerlichen Bochumer Süden, das sicherlich einer ebensolchen Familie dienen sollte, nun aber für die WG wie gemacht schien, war es doch in vier Einheiten à zwei Zimmer unterteilt, in deren Mitte sich Wohnzimmer und Küche befanden, die mit allen Enden des Hauses in Verbindung standen. Diese Küche war das Zentrum meiner Erfahrung mit den 68ern.

II.

Mir scheint es wenig ergiebig, die 68er für die politische Entwicklung der Gegenwart in Haftung zu nehmen, sei es positiv, sei es negativ, zumal wir von dieser Generation ja einen durchaus praktisch-politischen Eindruck haben. Wir konnten Politiker aus dieser Generation lange Zeit in Aktion beobachten – und dies zeigte uns ganz verschiedene Arten, Politik zu betreiben.

Zweifelhaft ist auch, ob der heutigen deutschen Gesellschaft die 68er überhaupt noch als ein Anderes gegenübergestellt werden können, oder ob nicht – frei nach Nietzsche – in jedem Deutschen nicht nur ein Lutheraner, sondern auch ein 68er steckt. Das Gelächter, das dem CDU-Politiker Friedrich Merz entgegen-schlug, als er seine sauerländische Dorfjugend derjenigen von Joschka Fischer entgegenstellen wollte, ging jedenfalls über Parteigrenzen hinaus. Ob der Anlass der Auseinandersetzung, der recht gelassene Umgang mit Fischers gewalttätiger Vorgeschichte, gerechtfertigt war, ist eine andere Geschichte. Aber der Umstand, dass man es nicht so genau wissen wollte, dokumentiert bereits zur Jahrtausendwende, also in einer Zeit, als die Generation auf der Höhe ihrer Macht war, ein großes Bedürfnis danach, die 68er einzugemeinden und zum Teil einer bundesrepublikanischen Erfolgs- und Fortschrittsgeschichte zu machen. Heute sind viele ihrer Themen nicht nur in den Mainstream eingegangen, sondern sie definieren geradezu die Loyalität zum System. Wer gegen Umweltschutz oder Frauenemanzipation ist oder sich gar ausdrücklich gegen die 68er wendet, dürfte im heutigen Deutschland aller Wahrscheinlichkeit Anhänger der AfD sein

und als solcher zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes in einem zumindest ambivalenten Verhältnis stehen, während viele politische Projekte der 68er mittlerweile im Grundgesetz verankert sind, also die maximale Systemkanonisierung erfahren haben.

III.

»Freiheitliche demokratische Grundordnung«, diesen Ausdruck kenne ich von meinem Vater, abgekürzt als FDGO und stets mit ironischem Unterton ausgesprochen. Verwendet wurde er gar nicht selten, aber es ging weder um deren politische Bekämpfung noch gar um ihre loyale Unterstützung, sondern um die Praxis, Bewerber um Stellen im öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen. Die von Willy Brandt eingeführte, später eingeschränkte Praxis der *Regelanfrage*, mit der alle Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft wurden, war ein großes Thema. Die Berufsbiographien vieler Bekannter waren für immer beschränkt, weil ihnen die Zulassung zum Referendariat an der Schule oder bei Gericht wegen kleiner Vergehen verweigert wurde, die sich aus politischen Aktionen ergaben. Aus Sicht der Betroffenen zeigte der Staat hier eine traurige Engherzigkeit, über die man sich heute noch mehr wundern darf. Ein intelligentes Mittel, um bei einem einflussreichen Teil der Bevölkerung Loyalität zu erzeugen, war es jedenfalls nicht. Auf der anderen Seite war das Thema auch deswegen so wichtig, weil das Milieu, in dem ich diese Generation beobachten konnte, so unglaublich staatsnah war. Soweit ich mich erinnere, waren alle Freundinnen und Freunde meines Vaters Beamte oder öffentliche Angestellte – und alle arbeiteten im weitesten Sinne im Bildungs- oder Kulturbetrieb. Die Verbeamtung der deutschen Intellektualität, ein Thema, das ja schon mit den preußischen Reformen beginnt, setzte sich bei den 68ern nahtlos fort. Das war nicht notwendig inkonsequent, denn das gemeinsame politische Projekt, wie diffus und umstritten es auch war, war stets eines einer ausgreifenden öffentlichen Verwaltung. Vor

seinem Absterben hatte der Staat gehörig zu wachsen. Dass man selbst ein Arm am Körper war, an dem auch die Polizei hing, wurde selten zum Thema.

IV.

Viele Vorurteile gegen die 68er stimmen mit meiner Erinnerung überein, auch wenn damit wenig beschrieben und schon gar nichts bewertet wird. In der Erinnerung fällt mir als Erstes auf, wie überschaubar der politische Radius war, in dem man die Auseinandersetzung führte. Angesichts der allgemeinen Klage über die Fragmentierung der politischen Auseinandersetzung muss man allerdings vorsichtig sein, die Vorgeschichte nicht zu idealisieren. Wenn das deutsche Parteiensystem im 19. Jahrhundert historisch aus *sozialmoralischen Milieus* stammt, dann entspringt es genau den abgeschotteten Überzeugungseinheiten, die wir heute im Internet neu entdecken und beklagen. Meine 68er passten sich dieser Geschichte gut ein: Im Bekanntenkreis der WG gab es keine Konservativen. Vielleicht wurde es wieder einfacher als zuvor, politisch abweichenden Meinungen aus dem Weg zu gehen. Das lag sowohl an der gesellschaftlichen Entwicklung als auch an der Art von politischer Praxis, die die Generation sich suchte: Die Erweiterung des Bildungssektors und die Anstellung vieler Angehöriger einer Generation sorgten dafür, dass sich professionelle Inseln der Gleichgesinntheit bilden konnten. Zudem fand Politik vor allem als dezentrale Debattenveranstaltung ohne Beteiligung in formalen Institutionen statt. Die Konfrontation mit anderen Politikentwürfen blieb weitgehend ausgeblendet, oder anders gefasst: *anderer* Politikentwurf wurde kleinteilig definiert.

Dass dies zu einer Radikalisierung beigetragen hätte, wie wir sie heute beobachten, wenn sich Diskussionsgemeinschaften abschließen, entspricht nicht meiner Erfahrung. Eher konservierte es einen Zustand permanenter Enttäuschung über etablierte Politik und eine Motivation, sich nicht auf sie einzulassen oder sich wieder aus ihr zurückzuziehen. Zugleich wurde politische

Arbeit, eine gängige Formulierung, weit verstanden, denn Politik betrieb man dem eigenen Selbstverständnis nach durchaus: in Diskussionsgemeinschaften, Frauengruppen, in der Bildungsarbeit, die man im Beruf und außerhalb von ihm machte, auf Demonstrationen und bei Spendenaktionen. Das Ergebnis war hier nicht Radikalisierung, sondern eine Erweiterung des Politikbegriffs, eine Überschätzung von Politik, letztlich auch die De-Politisierung von Politik, deren Omnipräsenz sie auflöste und damit die Machtfrage in Vergessenheit geraten ließ. Vom politisch-moralischen Milieu blieb das moralische Milieu. Man fragt sich, ob hier der Weg genommen wurde, den auf Dauer auch die Grünen gehen könnten.

V.

Die 68er waren – dies wird selten gesehen – bei aller politischen Kompaktheit auch eine Generation, in der unterschiedliche soziale Schichten zusammenstießen. Darin waren sie gar nicht abgeschlossen. Das Nebeneinander von Großbürger- und Kleinbürgerkindern, Daniel Cohn-Bendit neben Joschka Fischer, gab es auch bei uns. Spielte es eine Rolle oder ging es in einer Gruppenidentität auf? Im Nachhinein vermute ich, dass es ein wenn auch untergründiges Thema war, aber ich habe es kaum bemerkt. Klar war, dass sich hier ein kleinbürgerlicher Habitus durchsetzte, vielleicht weil er in der Mehrheit war, vielleicht weil es einfacher ist, eine bürgerliche Attitüde zu verlernen als zu erlernen, sehr wahrscheinlich auch, weil das Kleinbürgerliche in Deutschland – anders als in den romanischen Ländern und möglicherweise auch in Großbritannien – zum Linkssein gehört. *Bürgerlich* war ein viel verwendeter Ausdruck, der nichts Gutes bezeichnete, weil er auf die Konnotation besitzbürgerlich, konservativ und privatistisch verengt wurde. Das ist keine zwingende Besetzung des Begriffs, aber doch auch keine ganz unerhörte. Umgekehrt blühten bestimmte bürgerliche Formen wie Lektüre und Diskussion. Es wurde viel gelesen – und es gab einen impliziten Elitismus, indem man nicht über Bildung und

Kanon sprechen wollte, aber es selbstverständlich war, sich gut auszukennen.

Mich irritierte gut konservativ das Desinteresse an bewährten Formen. So wurde eine Menge spiritueller Literatur gelesen, etablierte Religion aber verachtet (während ich anfangs, Papstbilder zu sammeln). Wozu braucht es neue Formen der Spiritualität, fragte ich mich und frage es mich bis heute.

Die berüchtigte Formlosigkeit der Generation war auch Konsequenz einer Erfahrung mit der exkludierenden und entleerenden Wirkung von Formen. Und die Theoretiker, die gelesen wurden, von Marx bis zu obskurer New-Age-Literatur, pflegten einen Gestus der Tiefe und Formkritik. Es gab ein Bedürfnis, hinter die Dinge zu schauen und hinter ihnen das Andere zu vermuten, manchmal etwas vulgärmarxistisch, manchmal aber auch genuin interessiert und witzig. »Wenn es denn der Wahrheitsfindung dient«, eines der großen Aperçus der Generation, das ich dort kennenlernte, aber erst als Jura-Student wirklich verstand, ist eben ein Stück brillanter Formkritik.

Die intellektuelle Neugierde und die Suche nach dem Dahinter – auch das ein bekanntes Thema – betraf freilich nicht die Epoche, die den Hintergrund der ganzen Generation definierte, den Nationalsozialismus. Die bittere Diagnose, dass sich die 68er eigentlich nicht für den Nationalsozialismus interessierten, von dem sie doch unablässig sprachen, die in der historischen Debatte namentlich Ulrich Herbert vertreten hat, entspricht meinen Erfahrungen. Dies lässt sich an zwei Dingen festmachen: Zum einen am nach meinem Eindruck nicht antisemitischen, aber doch überaus gedanken- und herzlosen Umgang mit Israel und der dazugehörigen, zumeist rein äußerlichen Solidarität mit der PLO. Zum anderen an der großen Zurückhaltung, die eigene Familiengeschichte auf Bestände des Nationalsozialismus hin umzugraben. Meine Erfahrung ist, dass die eigentlich betroffene Generation, in diesem Fall meine Großväter, hier mehr zu sagen hatte, als deren Kinder zu fragen hatten.

VI.

Der Geist der frühen 68er, einer fröhlichen und witzigen Autoritätskritik, wehte noch durch die Räume der WG. Respekterheischende Gesten, akademische Titel oder geschwollene Rede galten als lächerlich. Als die Schule sich für mich endlich dem Ende näherte, sagte mein Vater zu mir: »Glaub' nicht, dass deine Professoren intelligenter sind als deine Lehrer.« Natürlich hatte er Recht, und seine Bemerkung macht mir bis heute Freude. Sie war weder als Aufruf zur Überheblichkeit zu verstehen noch als altkluge Warnung von jemandem, der die deutsche Universität schon kannte, sondern nur als zarte Erinnerung an mich, mir meinen eigenen Reim auf den Stoff zu machen. Und so scheinen die 68er als eigentümliche Erben zweier anderer alter und grob aufeinander folgender Generationen: einerseits Kinder der Aufklärung, die selbst wissen und denken wollen, andererseits politische Romantiker, die politische Vergemeinschaftung überschätzen und überfordern. Wollte man dieses Programm in der Version, in der ich es kennengelernt habe, auf den Begriff bringen, so könnte man es als ein Modell friedlicher Totalität des Politischen bezeichnen. Denn Politik war omnipräsent, und Demokratie wurde hier als Lebensform, nicht als Herrschaftstypus verstanden. Das zeigte sich nicht zuletzt in der unbegrenzten Bereitschaft, selbst über Alltagsfragen zu debattieren und diese Debatten nahtlos in politische Diskussionen übergehen zu lassen. Dass das Politische und das Private nicht zu trennen seien, war nach meinem Eindruck weniger totalitäre Forderung als vermeintlich pragmatische Einsicht.

Christoph Möllers, geboren 1969, hat seit 2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie inne und ist seit 2012 Permanent Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er studierte Rechtswissenschaften, Philosophie und Komparatistik in Tübingen, München, Berlin, Madrid und Chicago, forschte in Dresden, Heidelberg und New York, lehrte in Hamburg, Münster und Göttingen. Bei Wagenbach veröffentlichte er 2008 *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*. Er schreibt in der überregionalen Presse über verfassungsrechtliche und rechtspolitische Fragen.